



Liebe Freundinnen und Freunde,

wir alle sind weiter mit dem brennenden Thema Flucht und Migration konfrontiert. Weltweit gibt es über 60 Millionen Menschen, die auf der Flucht sind. Tägliche Bilder von geretteten Bootsflüchtlingen, aber auch Nachrichten von Menschen, die auf ihrer Flucht über das Mittelmeer ertrunken sind. Weit über 2.000 Ertrunkene bereits wieder dieses Jahr. Dazu Bilder von Flüchtlingen, die in einem deutschen Aufnahmезentrum ankommen. Und von unhaltbaren Verhältnissen in Asylunterkünften und Zelt-dörfern, in denen Asylsuchende ohne jegliche Privatsphäre untergebracht werden, oft 100 Menschen in einem Zelt, Feldbett an Feldbett. Kein Ende finden die feigen und abscheulichen Angriffe gegen Flüchtlingsunterkünfte. Dazu eine Bundesregierung, die zur Welle der Gewalt sehr lange geschwiegen hat. Fatal, wenn Innenminister de Maizière oder irgendwelche CSU-Populisten genau dann eine Diskussion um angeblich zu hohe Taschengelder für Flüchtlinge oder angeblichen „Asylmissbrauch“ anzetteln und damit zusätzlich Öl ins Feuer gießen.

Es gibt in unserem Land einerseits viele Bürgerinnen und Bürger, die kein Verständnis für Forderungen nach einer flüchtlingsfreundlicheren Politik haben. Andererseits spricht sich knapp die Hälfte der Bevölkerung für eine liberalere Aufnahme von Flüchtlingen aus. Die Zunahme von Flüchtlingen hat durchaus zu mehr Empathie und Engagement in der deutschen Gesellschaft geführt. Wobei auffällt, dass die Stimmung gegenüber Bürgerkriegsflüchtlingen und Opfern des islamistischen Terrors häufig positiver ausfällt als gegenüber anderen Flüchtlingsgruppen. Nicht nur an Stamm-tischen ist von „Wirtschaftsflüchtlingen“ oder „Armutsfüchtlingen“ die Rede. Immer öfter fordert auch die Politik, erst einmal die „richtigen“ Flüchtlinge von den angeblichen „Wirtschaftsflüchtlingen“ zu trennen.

Dabei wird über sogenannte „Wirtschaftsflüchtlinge“ gerne so geredet, als würde es sich um Trickbetrüger handeln, die anständige Menschen um ihr hart verdientes Geld bringen wollen. Doch Menschen müssen schon sehr verzweifelt sein, wenn sie ihre Heimat verlas-

sen, um in einem Schlauchboot die Fahrt über das offene Meer zu wagen. Hinter jedem einzelnen Flüchtling steht eine lange Geschichte von Elend und Angst.

Fluchtursache: Wirtschaftspolitik der EU

Das abfällige Gerede über „Wirtschaftsflüchtlinge“ und ihre Unterscheidung zu Kriegsflüchtlingen ist auch aus anderen Gründen mehr als fragwürdig. Denn es ist unter anderem die Wirtschaftspolitik der EU, die maßgeblich daran beteiligt ist, Menschen in anderen Ländern und Kontinenten ihre Existenzgrundlage zu entziehen. Damit trägt sie dazu bei, dass manche Verzweifelte ins vermeintlich „gelobte Europa“ zu fliehen suchen.



Foto: Jakob Huber-Campact

Zu diesen wirtschaftspolitischen Maßnahmen der EU gehören sogenannte „Freihandelsabkommen“, mit denen die EU zum Beispiel afrikanische Staaten zur Öffnung ihrer Märkte drängt. So wurden bis zum letzten Jahr drei getrennte Freihandelsabkommen - die *Economic Partnership Agreements*, kurz EPA - für West-, Ost- und Südafrika abgeschlossen. Gegen zum Teil heftigen Widerstand von afrikanischen Regierungen, die sich bis zu zehn Jahre gegen den Abschluss dieser Abkommen gesträubt haben, weil sie wussten, welche negativen Wirkungen dies für ihre Länder haben würde.

Aus dem Inhalt

- Nachrichten
- Hoffnung hat viele Gesichter
- Interview mit Hubert Rothfeld
- Tote Flüchtlinge unvermeidlich für unseren Wohlstand?
- Abkommen berauben Afrikas Chancen
- Flüchtlinge als Folge falscher Entwicklungspolitik
- Papst Franziskus für das Buen Vivir
- Warnung vor Atomkrieg ist mehr als aktuell

Eine Folge dieser „Freihandelsabkommen“ ist die Überschwemmung afrikanischer Märkte mit hochsubventionierten Billigimporten aus Europa, gegen die einheimische Hersteller nicht ankommen. Ihrer Existenzgrundlage beraubt, suchen dann manche davon Betroffene einen Ausweg aus ihrer Misere und machen sich auf den riskanten Weg durch Wüsten, Savannen, feindliche Stammesgebiete und schließlich über das Mittelmeer.

Ausführlicher auf diese „Freihandelsabkommen“ der EU mit afrikanischen Staaten und deren dramatischen Folgen geht der Journalist Marc Engelhardt in seinem Artikel „Freihandel: Abkommen, die Afrika seiner Chancen berauben“ ein, den wir in diesem Rundbrief veröffentlichen.



Ermittlungen nach einem Brandanschlag auf eine geplante Flüchtlingsunterkunft im oberbayerischen Winden. Deutschlandweit nehmen Angriffe und Hetze zu. Foto: Bayerischer Flüchtlingsrat.

„Diese Wirtschaft tötet!“

Arian Schiffer-Nasserie, Professor an der Evangelischen Fachhochschule in Bochum, zieht den Schluss, dass die Toten im Mittelmeer ein unvermeidbares Produkt unserer kapitalistischen Weltordnung seien. Die Flüchtlinge und deren Tod, so sagt er, seien einkalkuliert und notwendig für den westlichen Wohlstand. Die im Mittelmeer Ertrunkenen und die kapitalistische Weltordnung gehören für ihn zusammen. „Die Ursache liegt in einer Weltordnung, die darauf ausgelegt ist, dass die erfolgreichen kapitalistischen Staaten Westeuropas und Nordamerikas den Nutzen aus der Welt ziehen und die Armutsergebnisse, die sie dabei überall produzieren, und das Elend, das dabei notwendig zustande kommt, bei sich nicht haben wollen“, sagt er in einem Interview, das wir ebenfalls in diesem Rundbrief veröffentlichen.

Vor diesem Hintergrund kritisiert Arian Schiffer-Nasserie deshalb auch jene Haltung von flüchtlingsfreundlichen Gruppen, die der Bundesregierung unterlassene Hilfeleistung gegenüber Flüchtlingen vorwerfen. Sie würden die Bundesrepublik stets nur als Helfer wahrnehmen, und zwar als schlechten Helfer.

Dabei sei das Gegenteil wahr. Deutschland sei zentral an der Verursachung der Fluchtgründe mit beteiligt.

Auch der Globalisierungskritiker Jean Ziegler lässt es an radikaler Kritik an der „kannibalischen Weltordnung“ (Ziegler) nicht fehlen, die auf einem System struktureller Gewalt beruhe. Die 500 größten Unternehmen der Welt kontrollierten 52,8 Prozent des Welt-Bruttosozialproduktes. Ihr einziges Ziel sei die Profitmaximierung, das ständige Hochschrauben des Unternehmenswertes und des davon abhängigen Kurswertes der jeweiligen Aktien. Zugleich sterbe im Süden der Welt alle zehn Sekunden ein Kind an den Folgen des Hungers. Laut Welternährungsbericht seien eine Milliarde von den 7,3 Milliarden Erdenbewohnern unterernährt. Und dies, obwohl die Erde 12 Milliarden Menschen ernähren könne. „Ein Kind, das an Hunger stirbt, wird ermordet. So sehen die Strukturen der Weltdiktatur aus“, sagt Jean Ziegler in einem Interview mit Publik-Forum.

Auch Papst Franziskus hat jüngst während seiner Südamerika-Reise erneut gegen den neoliberalen Kapitalismus festgestellt: „Diese Wirtschaft tötet!“ Und leidenschaftlich hat er die Ausgebeuteten, Armgemachten und Unterdrückten der „Dritten Welt“ zum Widerstand aufgerufen.

Fluchtursachen überwinden - Solidarität mit Flüchtlingen

Wem etwas an der Abschaffung des Flüchtlingselends gelegen ist, der sollte über die Fluchtursachen Bescheid wissen, diese thematisieren, an deren Überwindung arbeiten. Letzteres ist eine unendlich schwierige, aber unerlässliche Aufgabe. Sie bedeutet nichts weniger, als letztlich die Überwindung des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems.

Gleichzeitig muss von unserem Land gefordert werden, sichere Wege für Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten zu eröffnen, auf denen Menschen nicht ihr Leben riskieren müssen. Sich dafür sowie gegen Abschottungs- und Abschreckungsmaßnahmen von Politik und Bürokratie einzusetzen, ist deshalb eine wichtige Aufgabe für Menschen und Initiativen, die sich solidarisch für Flüchtlinge engagieren wollen. Zudem bedarf es der ganz konkreten Unterstützung und Begleitung von Flüchtlingen aus der Zivilgesellschaft heraus, weil der Staat und die Kommunen alleine nicht die Integration von hunderttausenden Menschen auf der Flucht zustande bringen können. Bürokratie ist außerdem kaum in der Lage, Empathie zu erzeugen. Diese kann nur durch Menschen und Initiativen entstehen und in Unterstützungsaktionen zum Ausdruck kommen.

Ganz aktuell werden dieser Tage bei uns in Gammertingen bis zu 87 neue Asylsuchende erwartet. Erfreulicherweise gibt es bereits eine Reihe von Menschen und Organisationen, die sich hier engagieren wollen. Das *Lebenshaus* gehört dazu. Wir haben jahrzehntelange Erfahrungen mit Asylsuchenden, Migrantinnen und Migranten, die wir gerne weiter einbringen werden. Katrin Warnatzsch geht in ihrem Artikel darauf ein.

„Revolution der Werte“

Insgesamt ist es unser Ansatz als *Lebenshaus*, uns mit einzelnen Menschen in schwieriger Lebenslage zu solidarisieren und diese zu unterstützen. Gleichzeitig versuchen wir die strukturellen Ursachen von Flucht und Migration in den Blick zu nehmen und für eine Veränderung einzutreten. Wir folgen dabei etwa Martin Luther King, der in seinen Reden immer wieder folgendes gesagt hat: *„Wir sind aufgerufen, den guten Samariter am Straßenrand des Lebens zu spielen; aber das wird nur das Vorspiel sein. Eines Tages muss die ganze Straße von Jericho so umgewandelt werden, dass die Menschen auf ihrer Lebensreise nicht mehr geschlagen und beraubt werden. Echtes Mitleid bedeutet mehr, als einem Bettler eine Münze hinzuwerfen; es ist das Verständnis dafür, dass ein Haus, das Menschen zu Bettlern macht, umgebaut werden muss.“*

Um diesen Umbau zu bewerkstelligen, hat King zu einer „Revolution der Werte“ aufgerufen. *„Eine echte Revolution der Werte“,* sagte er u.a., *„wird über die Meere schauen und sehen, wie einzelne Kapitalisten des Westens riesige Geldsummen in Asien, Afrika und Südamerika investieren, nur um ohne Rücksicht auf eine soziale Verbesserung in diesen Ländern die Gewinne abzuschöpfen, und wird sagen: ‚Das ist nicht gerecht.‘“*

Wichtig: Ermutigung und Hoffnung

Weil uns Ermutigung angesichts all dieser Herausforderungen so wichtig ist, beabsichtigen wir mit unserer Tagung 2015 „We shall overcome!“ wieder, am Beispiel engagierter Aktivistinnen und Aktivisten zu erkunden, woher sie Kraft, Mut und Hoffnung für langjähriges Engagement nehmen. Damit können sie überzeugendes Beispiel und Ermutigung für Menschen sein, die sich für eine gerechtere, friedvolle und zukunftsfähige Welt engagieren. Deshalb erhoffen wir uns eine gute Beteiligung und laden herzlich dazu ein!

Ebenfalls Grund zur Hoffnung sind für mich all die zahlreichen Menschen, die unseren Weg unterstützen. Finanziell, durch tatkräftiges Mitmachen, ideell. Ganz herzlichen Dank dafür!

Herzliche Grüße

Euer / Ihr ☺



Michael Schmid



Stärken Sie *Lebenshaus Schwäbische Alb* für sein weiteres Engagement

Für sein gesamtes Engagement ist *Lebenshaus Schwäbische Alb* fast ausschließlich auf Spenden und Mitgliedsbeiträge angewiesen. Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen und Veranstaltungen wie z.B. die für diesen Herbst erneut geplante Tagung, die Unterstützung von Menschen in schwierigen Lebenssituationen, die Personalkosten für eine 30-Prozent-Teilzeitstelle und einen Minijob sowie möglichst Abbau von Schulden erfordern erhebliche Finanzmittel.

Wir benötigen dieses Jahr rund 55.000 Euro an Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Bis Ende Mai haben wir Spenden und Mitgliedsbeiträge in Höhe von 27.000 Euro erhalten. Dies entspricht 49 Prozent des voraussichtlichen Jahresbedarfs. Ganz herzlichen Dank dafür!

Gleichzeitig bitten wir um Ihre/Deine Unterstützung.

Jede Spende – groß oder klein - und jede Fördermitgliedschaft hilft! Und zinslose Darlehen sind ebenfalls nützlich. ☺

Nachrichten aus dem Lebenshaus



Tagung im Herbst 2015

Die ersten Anmeldungen für unsere Tagung „We shall overcome! Gewaltfrei aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht – drei biografische Zugänge“ sowie die weiteren Veranstaltungen am 17./18. Oktober 2015 sind eingegangen. Allerdings hoffen wir, dass sich noch sehr viele von Euch/Ihnen zu einer Teilnahme entschließen werden. Jedenfalls laden wir herzlich dazu ein! Gleichzeitig sind wir auf Unterstützung angewiesen, indem andere Menschen auf diese Veranstaltungen hingewiesen werden. Gerne können für diesen Zweck weitere Einladungsflyer bei uns angefordert werden.

Die Hauptreferate bei der Tagung am Samstag werden Ute Finckh-Krämer, Jochen Stay und Heinz Rothenpieler halten. Sie werden autobiografisch auf Fragen zu ihrem eigenen Engagement, zu ihrer Motivation und ihren Perspektiven für eine andere Welt eingehen. „von wegen“ lautet der Titel eines Konzerts mit Thomas Felder, das sich abends an die Tagung im evangelischen Gemeindehaus in Gammertingen anschließt.

Für Sonntag, 18. Oktober, wird eine Veranstaltung „Auf den Spuren der gewaltfreien Aktionen gegen Atomwaffen“ in Großengstingen vorbereitet. Bei Großengstingen, rund 13 km Luftlinie von Gammertingen entfernt, waren Atomraketen mit ihren massenmörderischen Atomsprenköpfen stationiert. Ab 1981 gab es ein Jahrzehnt lang großen Protest und zahlreiche gewaltfreie Aktionen. Wolfgang Sternstein und

Lebenshaus ist Gründungsmitglied der Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“

Lebenshaus Schwäbische Alb gehört zu den Gründungsmitgliedern einer kürzlich gegründeten Allianz aus mehr als 40 Vereinen und Stiftungen, die eine Änderung des Gemeinnützigkeitsrechts fordert. Die geltenden Regeln behindern die politische Willensbildung in der Bundesrepublik, da auf ihrer Grundlage die Finanzämter immer wieder die Gemeinnützigkeit von Organisationen in Frage stellen. Oder diese entziehen, wie das z.B. bei Attac der Fall ist. Dabei können nur Spenden an gemeinnützige Organisationen von der Steuer abgesetzt werden. Zudem sind gemeinnützige Vereine selbst steuerbefreit und können Zuschüsse erhalten. Die nachträgliche Aberkennung ist oft existenzbedrohend.

Die Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ fordert daher, dass die Politik die allgemein geteilte Definition von Gemeinnützigkeit klar und deutlich in die Abgabenordnung schreibt, so dass für gemeinnützige Organisationen und die Finanzämter Klarheit und Rechtssicherheit besteht.

Die Allianz tritt für ein zeitgemäßes Gemeinnützigkeitsrecht ein, mit dem der Einsatz für Menschenrechte ebenso eindeutig als gemeinnützig anerkannt wird wie das Engagement für Frieden, soziale Gerechtigkeit oder den Klimaschutz. Vereine

Michael Schmid werden darüber informieren. Besonders eindrucksvoll wird die Begehung des ehemaligen Atomwaffen-depots sein, was früher nur amerikanischen Soldaten erlaubt war. Wolfgang Schlupp-Hauck wird auf die gegenwärtige atomare Situation eingehen sowie auf aktuelle Kampagnen/Aktivitäten gegen Atomwaffen.

Die Tagung ist mit sehr viel Arbeit und relativ hohen Kosten verbunden. Ein Teil davon wird durch Beiträge der Teilnehmenden abgedeckt. Unsere Anträge um Zuschüsse waren teilweise erfolgreich - bei *Brot für die Welt-Evangelischer Entwicklungsdienst* -, während der Antrag bei der *GLS Treuhand - Dachstiftung für individuelles Schenken* im Gegensatz zum letzten Jahr leider negativ beschieden wurde. Aus heutiger Sicht besteht noch eine Finanzierungslücke von mehreren tausend Euro. Um diese schließen zu können, bitten wir um Spenden. Auch wer selber nicht an der Tagung teilnehmen kann, könnte durch eine Spende zur Kostendeckung und dadurch zum Gelingen beitragen.

Dringend gesucht werden zwei bis drei Personen, die während der Tagung tatkräftig an den organisatorischen Aufgaben im Hintergrund verbindlich mitarbeiten (Vorbereitung, Küche, Räume herrichten usw.). Wer sich eine Mitarbeit vorstellen kann, soll sich bitte mit uns in Verbindung setzen. ☘

und Personen, die damit einen wertvollen Beitrag zur politischen Willensbildung in Deutschland leisten, müssen in ihrer Arbeit unterstützt werden und steuerliche Erleichterungen in Anspruch nehmen können. Die politische Willensbildung darf nicht allein den Parteien und Lobbyverbänden überlassen werden.

Weitere Informationen:

<http://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de>

Mehr unter: <https://www.obne-ruestung-leben.de> ☘

„ Wer angesichts ungerechter Zustände neutral bleibt, hat die Seite der Unterdrückter gewählt. Hat ein Elefant seinen Fuß auf dem Schwanz einer Maus, und du sagst du wärest neutral, so wird die Maus deine Neutralität nicht schätzen.

Bischof Desmond Tutu



70 Jahre Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki

Anlässlich der runden Jahrestage hat *Lebenshaus Schwäbische Alb* als Erstunterzeichner den Aufruf „70 Jahre Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki. Gedenken reicht nicht – atomwaffenfrei.jetzt!“ unterstützt, der am 1. August als Anzeige in der taz und der Frankfurter Rundschau veröffentlicht worden ist. Diese Aktion, die ebenfalls das Aufhängen von Großplakaten in zahlreichen Städten in Deutschland umfasste, ging zurück auf „unsere zukunft atomwaffenfrei“, des Pacemakers-Radmarathon und der DFG-VK.

In dem Aufruf heißt es unter anderem:

„Die Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki jähren sich 2015 zum 70. Mal. Diese Jahrestage mahnen, alles uns Mögliche zu tun, damit solche Tragödien sich nicht wiederholen.

Deutschland gehört noch nicht zu den 159 Staaten, die sich in einer UN-Erklärung für die Ächtung des Einsatzes von Atomwaffen unter allen Umständen ausgesprochen haben. Ebenso wenig gehört Deutschland zu den 108 Staaten, die – mit Österreich als Vorreiter – einen völkerrechtlichen Verbotsvertrag vorantreiben wollen. (...)

Wir erwarten von der Bundesregierung: Schließen Sie sich dem von Österreich initiierten „Humanitarian Pledge“ an und unterstützen Sie damit den Prozess für Verbot und Vernichtung aller Atomwaffen weltweit! Unterstützen Sie im Rahmen der NATO und gegenüber allen Atomwaffenstaaten den Stopp der Modernisierung und treten Sie mit Nachdruck für den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland ein.

Wir unterstützen dazu alle Aktionen im Gedenken an die Opfer der Atombombenabwürfe in vielen Städten in Deutschland und weltweit.“ ☘

„Treff im Lebenshaus“ vom 15.6.2015 zum Thema Asyl und Flucht.

Überraschend viele interessierte Teilnehmende konnten ihre Gedanken und Gefühle austauschen und Anregungen erhalten für ihre Begegnungen mit Flüchtlingen. Es wurden Ängste vor Überforderung und Hilflosigkeit angesichts der an bestimmten Orten zusammengeballten Problematik geäußert. Doch auch der Blick auf das Ganze, die Mitbeteiligung Europas an den Fluchtursachen in den Herkunftsländern im Süden wurde angesprochen unter Miteinbeziehung des Artikels im letzten Rundbrief von *medico international*. Der Bedarf von Freiwilligen an einer Austauschmöglichkeit über dieses Thema wurde deutlich. ☘



Wie in den vergangenen beiden Jahren waren auch dieses Jahr beim 11. Gammertinger Stadtlauf eine Läuferin und drei Läufer im Trikot von Lebenshaus Schwäbische Alb aktiv. Wir sagen damit vor Ort: auch wir sind dabei! Alle bewältigten ihre Strecken sehr erfolgreich und waren in ihren jeweiligen Altersklassen gut platziert. Katrin Warnatzsch wurde 1. über 4 km, Albert Fischer 7., Axel Pfaff-Schneider 3. und Michael Schmid 2. über 10 km. Auf dem Bild von li. nach re.: Albert Fischer, Michael Schmid, Katrin Warnatzsch und Axel Pfaff-Schneider.
Foto: Angela Fischer. ☘

Yoga für besondere Menschen

Sabine Kallenberger, Yoga-Lehrerin und Unterstützerin des *Lebenshauses*, bietet seit einiger Zeit Montagvormittags 2 Stunden Yoga für Menschen an, die von Katrin Warnatzsch begleitet werden und sich die Kosten für reguläre Entspannungskurse nicht leisten könnten. Wir haben Matten und Kissen angeschafft, um einer kleinen Gruppe regelmäßig diese Entspannungsübungen zu ermöglichen. Das ist ein Glück für die Teilnehmenden und wir danken Sabine für diese Initiative! ☘

Flucht braucht Wege



John Dear: Eine Spiritualität des gewaltfreien Widerstandes

Am 25. Juni 2015 fand im Haus der Katholischen Kirche in Stuttgart eine sehr interessante Veranstaltung mit dem US-amerikanischen Priester John Dear SJ zu einer Spiritualität des gewaltfreien Widerstands statt. *Lebenshaus Schwäbische Alb* gehörte zu einer Reihe von veranstaltenden Organisationen. Das Interesse an dieser Veranstaltung war mit etwas über 20 Teilnehmenden leider nicht allzu groß.



John Dear präsen-

tierte anhand einer Reihe von Thesen seine Spiritualität des gewaltfreien Widerstandes. Sie gründet sich für ihn auf den gewaltfreien Widerstand Jesu und auf unsere Nachfolge Jesu. Dazu gehöre auch, über Frieden und Gewaltfreiheit zu meditieren, täglich mit dem Gott des Friedens Zeit zu verbringen. Eine Spiritualität des gewaltfreien Widerstandes beginne mit der Ausübung persönlicher achtsamer Gewaltfreiheit gegenüber uns selbst und anderen. Eine Spiritualität des Widerstandes sei eine Lebensweise. Sie zu praktizieren bedeute, Visionär einer neuen Welt der Gewaltfreiheit zu sein.

Übrigens wurde John Dear, der unter anderem Demonstrationen gegen die Kriege der USA organisiert, etwa 75 Mal wegen Zivilen Ungehorsams verhaftet und war in vielen Gefängnissen.

Ausführlich sind die Thesen John Dears auf der Lebenshaus-Website nachzulesen unter: <http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/008887.html>

Hoffnung hat viele Gesichter...

Von Katrin Warnatzsch, Sozialer Friedensdienst im Lebenshaus

Lobby-Arbeit für eine besondere Personengruppe

In Gammertingen leben, wie überall, viele Menschen mit nicht ausreichenden deutschen Sprachkenntnissen, aber dem Wunsch nach längerem oder dauerhaftem Aufenthalt in Deutschland: sei es, weil sie hier endlich Arbeit gefunden haben, während zuhause in ihrem Heimatland kein auskömmliches Leben mehr möglich ist. Oder sie kommen aus ehemaligen Kriegsländern, haben noch traumatische Erfahrungen in den Knochen, finden dort in destabilisierten Staaten und korrupten Wirtschaftsräumen keine Arbeit und keine Zukunftsperspektive. Oft lassen sie Familienangehörige in ihren gebeutelten Heimatländern zurück, die sie mit ihrem Einkommen unterstützen müssen. Meistens haben sie selbst nur schlecht bezahlte und äußerst anstrengende Erwerbsarbeit. Von diesem Einkommen leben jedoch oft eine Menge Menschen. Arbeitsverträge gibt es meistens nur befristet, für sechs oder zwölf Monate. Diese Menschen haben steigende Chancen, wenn sie ihre Sprachkenntnisse verbessern können. Ihre Frauen und Kinder benötigen ebenso sinnvolle Unterstützung zum Spracherwerb, um sich einigermaßen selbstständig und schnell hier zurechtzufinden.

Ein Instrument dafür sind die von der Bundesregierung konzipierten und geförderten Integrationskurse für Migrantinnen und Migranten. In buntgemischten Lerngruppen treffen sich Menschen, um sich z.B. über sechs bis acht Monate halbtags mit einer speziell geschulten Lehrkraft mit der deutschen Sprache, den Gepflogenheiten, sozialen und politischen Strukturen zu beschäftigen. Ganz nebenbei wird Toleranz und Achtsamkeit eingeübt, weil die unterschiedlichsten Nationalitäten teilnehmen können. Am Ende können die Teilnehmenden mit einer Prüfung einen Nachweis über ihr Wissen erwerben (Integrationskurs B1).

Bei uns auf dem Land sind die Wege weit bis zu den nächsten Integrationskursen in umliegenden Städten, 25 bis 40 Kilometer entfernt. Zudem haben besonders interessierte Frauen mit Kindern meist weder Führerschein noch Auto zur Verfügung, oder Männer in Schichtarbeit können ebenso die Kurs-

zeiten incl. Anfahrt nicht bewältigen. Deshalb habe ich mich dafür eingesetzt, dass nach sechs Jahren wieder ein solcher halbtags stattfindender Kurs nach Gammertingen kommt. Es war nicht einfach, die Hindernisse dafür zu überwinden. Doch mein Einsatz war schließlich erfolgreich. Ab Herbst werden über 20 Männer und Frauen



für sechs bis sieben Monate vormittags einen Integrationskurs besuchen können, der nun in ihrer erreichbaren Nähe stattfindet. Die katholische Pfarrgemeinde hat freundlicherweise ganz unproblematisch einen Raum zur Verfügung gestellt. Die Freude und Dankbarkeit ist bei allen Beteiligten groß und ich wünsche allen Teilnehmenden viel Erfolg in ihrem Kurs.

Hier Auszüge aus den erfreulichen Reaktionen einer Teilnehmenden und einer Mithelfenden:

„There is a good news from the integrationskurs: start in september 2015 !“

„That is such a great news, I'm also very, very happy to hear that!!

I was hoping that they'll find a new teacher!

Thank you so much for your email! I can't wait to start the course!

Lots of love and have a nice and relaxing summer.“

„Liebe Katrin,
das ist ja eine SEHR erfreuliche Nachricht!!!!!! Für alle Beteiligten!!!!!!

Freut mich sehr!!!! Und natürlich auch, dass ich ein wenig dazu beitragen konnte!“

Migration innerhalb der EU

Eine ungarische Familie siedelt um nach Deutschland. Der Mann ist gelernter Tischler, hat eine eigene Werkstatt mit Angestellten betrieben, konnte seine Arbeitszeiten einteilen und anpassen, wie er wollte. Doch dann läuft das Geschäft immer schlechter, die Arbeit kann die Familie kaum mehr ernähren, obwohl die Frau in ihrem Beruf als Buchhalterin und in der Tischlerei mit arbeitet. Sie haben zwei eigene und vier adoptierte Kinder. Ihre sozialen Kompetenzen sind herausragend. Ihre freien Zeiten verbrachten sie in Ungarn immer mit vielen anderen Familien in selbstorganisierten Formen auf Spielplätzen, bei Treffpunkten und Festen. Einige der Kinder sind künstlerisch sehr begabt. Immer waren alle beschäftigt, es gab keine Langeweile. Das vermissen sie hier in Gammertingen am meisten!

Die Arbeit und der Wunsch nach einer besseren Perspektive für die Kinder führte sie nach mehrmaligen kurzzeitigen Arbeitsversuchen des Vaters schließlich alle nach Deutschland. Sie wohnen in einer viel zu kleinen Wohnung in einem alten Haus in Gammertingen, haben sich in Vielem schon selbst geholfen. Die Älteste macht eine Ausbildung und alle Kinder gehen zur Schule oder in den Kindergarten.

Die Kinder sprechen inzwischen verständliches Deutsch, während ihre Mutter sich täglich mithilfe des PCs um Sprachkenntnisse bemüht, es schade findet, dass sie ihre sonst schnelle Redeweise noch nicht ins Deutsche übertragen kann, zu wenig Kontakt findet und sich sehr auf den Integrationskurs freut, der im Herbst in Gammertingen starten wird.

Es bleibt natürlich noch viel Ungelöstes und es bleiben große Wünsche: Wohnungssuche, Gesundheit, ausreichend bezahlte

und abgesicherte Arbeit, Unterstützung der Kinder in ihren Bezügen.

Ich bin tief beeindruckt von dem großen Mut der Erwachsenen, sich für ihre Familie unermüdlich einzusetzen. Ihre Fähigkeiten, Kinder zu begleiten und ihre Menschenkenntnis sind von unschätzbarem Wert. Die Sehnsucht, eine Freundin zu finden, ist nachvollziehbar. „Ich war schon immer anders, auch zuhause“, sagt die Frau mit dem großen Herzen. Ob ich mit ihr eine angemessene Beziehung aufbauen kann?



Katrin Warnatzsch hat wochenlang die Räume für das zukünftige Asyl-Café in Gammertingen gereinigt und eingerichtet.

Flucht – und ankommen mitten unter uns

Ankommen in Europa, so viele Menschen träumen davon, landen, wenn sie nicht ertrinken, an Ufern irgendwelcher Inseln, die völlig überfüllt und überfordert alles andere als freundlich erscheinen.

Einige wenige kommen nach überstandenen Strapazen schließlich auch in kleinen Städten wie Gammertingen an. Hier wird schon monatelang über sie geredet, ein altes Fabrikgebäude wird umgebaut, Anlieger und andere haben ungute Gefühle wegen der räumlichen Nähe und Enge zu ihren Grundstücken. Es gibt auch viele, die ihre Hilfsbereitschaft erklärt haben und nun gespannt warten, welche Strukturen es geben wird, in denen sie sich einbringen könnten. Unsere Stadtverwaltung ist erfreulich aktiv und versucht, die Herausforderung optimistisch anzugehen.

Anderswo ballen sich die Flüchtlinge zusammen, hier sind wir insgesamt abgelegen, 25 Kilometer entfernt von der Kreisstadt, schlecht angebunden. Wie überall werden die Menschen auch bei uns in ihrer Unterkunft wenig Platz haben, kaum Privatsphäre und kaum Beschäftigungsmöglichkeiten. Das Problem, wie der Tag vergehen soll und das lange Warten auf Arbeitserlaubnisse und dann überhaupt Arbeit oder Ausbildung zu finden, wird vor allem junge Menschen treffen. Deshalb entstehen an vielen Orten Initiativen, wo die Flüchtlinge Zeit verbringen, Anregungen erhalten, Rat und Hilfe bekommen können von Freiwilligen. Hier vor Ort habe ich

seit Bekanntwerden der erwarteten neuen Asylsuchenden Kontakte mit der evangelischen und katholischen Kirchengemeinde aufgebaut, um mit ihnen gemeinsam einen Treffpunkt für die Flüchtlinge zu initiieren.

Erfreulicherweise hat uns nun die Stadtverwaltung für dieses gemeinsame Projekt großzügige Räumlichkeiten im Areal des Gewerbeparks mitten in der Stadt zur Verfügung gestellt. Sie eignen sich für ein Asyl-Café ebenso wie für verschiedene Beschäftigungsmöglichkeiten, um Zeit zu strukturieren. Wir hoffen nun auf viele Freiwillige, die ein paar Stunden in der Woche mit den Flüchtlingen verbringen wollen und dabei ihre Fähigkeiten und Ideen einbringen. Zunächst müssen die Räume gesäubert und eingerichtet werden. Dabei erlebe ich bereits erstaunliche und selbstverständliche Hilfsbereitschaft, von allen möglichen Seiten: der Hausmeister sucht seinen Dachboden nach Schätzen ab, die er uns geben könnte und trägt uns alles Mögliche her, die Wege sind nämlich sehr weit.

Der Bürgermeister besucht mich, weil er spät abends noch Licht gesehen hat und trifft mich beim Abschrubben ausgemusterter Schultische an. Ein *Lebenshaus*-Mitglied, das seine Arbeitsräume ebenfalls im Gewerbepark hat, bietet kostenloses Material und Streichen der Wände zusammen mit den Flüchtlingen an, usw. Ich freue mich sehr darüber und hoffe darauf, dass wir auch auf lange Sicht ausreichende Unterstützung und Beachtung für diese Arbeit finden.

Die Widersprüche in der erlebten Lebenszeit, einerseits unsere gespannte Erwartung der Flüchtlinge, andererseits die großen, teilweise schon enttäuschten Hoffnungen und die Erschöpfung der Geflüchteten, werden eine große Herausforderung sein. Über jede Form der Unterstützung, die Sie und Ihr uns zukommen lasst, sind wir dankbar und fühlen uns ermutigt. ✨

„Die persönlichen Begegnungen haben Vertrauen erzeugt“

Interview mit dem neuen *Lebenshaus*-Vorstandsmitglied Hubert Rothfeld



Hubert Rothfeld, 55 Jahre alt, verheiratet, keine eigenen Kinder, aber 15 Nichten und Neffen und 4 Kinder von Freunden, die ihm alle sehr am Herzen liegen. Zur Zeit ist er tätig als Systemischer Familientherapeut und gibt Psychomotorik in einer Tagesklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie. Vom Grundberuf ist er Heilerziehungspfleger. Hobbies sind Lesen, übers Leben nachdenken

im Austausch mit Freunden oder Gleichgesinnten, Gartenbau, Holzarbeiten, Radeln – im Urlaub gemeinsam mit seiner Frau. Mitglied und aktiv ist er seit vielen Jahren in der Ökologisch Demokratischen Partei (ÖDP), seit einigen Jahren auch im BUND. Daneben ist er in der katholischen Kirchengemeinde daheim.

Hubert, Du gehörst zu den Gründungsmitgliedern des Vereins Lebenshaus Schwäbische Alb. Erinnerst Du Dich noch daran, was Dich seinerzeit dazu bewogen hat, bei diesem Projekt mitzumachen?

Ja, es liegt schon eine Weile zurück. Fasziniert hat mich die Idee, mit gleichgesinnten Menschen gemeinschaftlich die Welt ein bisschen zu verbessern, indem benachteiligte Menschen Unterstützung und Wohnraum geboten werden

sollte. Es sollte eine alternative integrative Form des Zusammenlebens mit diesen Menschen versucht werden. Das in eigener Verantwortung, losgelöst von herkömmlichen Hilfseinrichtungen. Ich erinnere mich an lebhaftes Diskussionsum alternative Lebensformen, mit zum Teil utopischen Ideen. Spannend fand ich, dass es hier den Raum gab, diese Ideen zu äußern – und beobachten zu können, dass sie einen Widerhall fanden.

Was ist Dir am Lebenshaus-Projekt besonders wichtig?

Besonders wichtig ist für mich weiterhin das Angebot, einem Menschen, der sich in einer Krise befindet, der in Not ist, Unterkunft und Geborgenheit zu gewähren. Großen Respekt habe ich für die Veröffentlichungen zur Friedensarbeit bzw. auch die aktiven Demonstrationen zu bestimmten weltpolitischen Geschehnissen.

Nachdem Du einige Monate bei den Sitzungen des Lebenshaus-Vorstandes dabei warst, hast Du bei der jetzigen Mitgliederversammlung für den Vorstand kandidiert und bist zu einem der stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden. Darüber freuen wir uns natürlich sehr. Was hat Dich selber dazu bewogen, in dieser Funktion Verantwortung zu übernehmen?

Besonders die persönlichen Begegnungen, die in mir Vertrauen erzeugt haben, wo ich auch Vertrauen gespürt habe. Ein Beweggrund für mich ist der, dass ich in Gammertingen wohne - und es mir ein großes Anliegen ist, mich hier vor Ort, da wo ich lebe, zu engagieren, vielleicht Dinge zu verändern, da ich das Projekt weiterhin für etwas sehr Wertvolles ansehe. Unter anderem würde ich gerne dazu beitragen, dass es zu einer Annäherung von Menschen aus Gammertingen und Umgebung zum *Lebenshaus* kommt.

Woher rührt Deine eigene Motivation zum gesellschaftspolitischen Engagement? Gibt es persönliche Erlebnisse, die dazu führten?

Gesellschaftspolitisches Engagement hört sich so bedeutend an. In meinem Elternhaus wurden politische Themen diskutiert. Ich habe in meiner Kindheit erlebt, dass es einfache Schritte gibt, um das Leben anderer zu verschönern, ich konnte an verschiedenen Stellen beobachten, dass Menschen zum Wohle der Gemeinschaft gute Dinge taten.

Mit den Positionen, die wir z.B. gesellschafts- oder friedenspolitisch vertreten, gehören wir eindeutig zu einer Minderheit in unserer Gesellschaft. Dies macht sich in einer konservativ geprägten Region wie der Schwäbischen Alb besonders stark bemerkbar. Siehst Du das auch so und wie gehst Du mit dieser Minderheitenposition um?

Grundsätzlich fühle ich mich in einer Minderheitsposition ganz wohl. Sie ist eine gute Deckung. Es besteht nicht die Gefahr, mitbeteiligt und verantwortlich zu sein für ein bestimmtes Vorgehen der Mehrheit (der Macht). – Hier, wo ich lebe, habe ich persönlich bisher keine negativen Erfahrungen durch meine politische Haltung erlebt. Es ist manchmal ernüchternd zu erleben, wie wenig Resonanz aus der Umgebung kommt, andererseits ergaben sich im Rahmen meiner bescheidenen politischen Arbeit sehr wertvolle Erfahrungen und Kontakte zu interessanten Menschen.



Gibt es Wünsche und Ideen, die Du im Zusammenhang mit dem Lebenshaus-Projekt hast?

Ich beschäftige mich seit einiger Zeit mit dem Thema „Gewaltfreie Kommunikation“ nach Marshall Rosenberg. Mein Wunsch: Mit dem *Lebenshaus*, im *Lebenshaus*, diesem Thema Raum zu widmen.

Hast Du Wünsche oder Träume in Bezug auf unsere Gesellschaft?

Ja, dass wir unser Leben danach ausrichten, dass es im Einklang mit der Natur geschieht. Dass wir einen anderen Weg finden, als weiterhin den scheinbar unabwendbaren Zwang nach mehr Wirtschaftswachstum auf Kosten der Menschen und der Umwelt, zu verfolgen. Dass so wertvolle Ideen wie Kooperation statt Konkurrenz, mehr Resonanz erhalten; dass der derzeitige Trend der Vereinzelung der Menschen sich umkehrt zu einer neuen Gemeinschaftskultur; dass alte Menschen einen Platz mitten in unserer Gemeinschaft finden; dass die Anhänger der Religionen der Welt sich annähern und das Gemeinsame ihres Glaubens erkennen; dass, ..

Die Fragen stellte Michael Schmid ☺

Veranstaltungshinweis

17. Okt. 2015 - 10.00 - 18.30 Uhr im evang. Gemeindehaus Gammertingen: **Tagung 2015: „We shall overcome!“ Gewaltfrei aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht. Drei biographische Zugänge“.**

17. Okt. 2015 - 20:00 Uhr im evang. Gemeindehaus Gammertingen: **Konzert mit Thomas Felder**

18. Okt. 2015 – 10:00 bis 15:00 Uhr in Großengstingen-Haid: **„Auf den Spuren der gewaltfreien Aktionen gegen Atomwaffen“**

19. Okt. 2015 – Riedlingen: Veranstaltung mit Jochen Stay zum Thema **„Atommüll ohne Ende.“ Wie geht die Gesellschaft mit den strahlenden Abfällen aus Atomkraftwerken um?** Genaue Angaben können bei uns angefragt werden.

8. bis 18. Nov. 2015 – Bundesweite Ökumenische FriedensDekade 2015 mit dem Motto „GRENZERFAHRUNG“. Weitere Informationen: www.friedensdekade.de

Sind tote Flüchtlinge unvermeidlich für unseren Wohlstand?



*Arian Schiffer-Nasserie.
Foto: Felix Huesmann*

In Gastbeiträgen in verschiedenen Zeitungen und Magazinen hat der Professor für Politikwissenschaft und Sozialpolitik an der Evangelischen Fachhochschule in Bochum immer wieder die Verbindung zwischen kapitalistischer Weltordnung und den Toten im Mittelmeer hergestellt. Für ihn kann es das Eine nicht ohne das Andere geben.

Felix Huesmann hat für die Zeitschrift VICE mit ihm über Fluchtgründe, die Weltordnung und darüber, was man (nicht) tun kann, gesprochen.

VICE: Es kommen immer mehr Flüchtlinge nach Europa, bei Ländern wie Syrien sind die Fluchtgründe relativ offensichtlich. Warum steigen auch die Flüchtlingszahlen aus anderen Teilen der Welt?

Prof. Dr. Arian Schiffer-Nasserie: Die Zahlen der Menschen, die weltweit auf der Flucht sind, haben in den letzten beiden Jahren auf jeden Fall einen neuen Weltrekord erreicht - zumindest seit dem Zweiten Weltkrieg. Und selbst wenn man gar nichts weiter darüber weiß, wäre ja vielleicht folgender Rückschluss möglich: Es herrschen Zustände, die denen im Zweiten Weltkrieg ähneln, was die Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen in Afrika, Asien und dem Nahen Osten angeht.

Wie werden dort die Lebensgrundlagen zerstört?

Man kann die Zerstörung in ökonomische, politische und militärische unterteilen. Ökonomisch in dem Sinn, dass Länder wie die Bundesrepublik auf dem Weltmarkt erfolgreich sein müssen und als Exportnationen bestehen bleiben wollen. Dafür erobern sie fremde Märkte und zerstören teilweise die lokalen Produzenten. Dann versuchen sie umgekehrt, durch den Import von Bodenschätzen die Naturreichtümer der Welt für ihr Wachstum auszunutzen. Die Menschen, die dort leben, sind nur soweit wertvoll, wie sie für die Vermehrung von Reichtum - und zwar meistens den von ausländischen Konzernen - taugen. Wenn sie dafür nicht taugen, haben sie

keine Lebensgrundlage.

Die Länder sind aber auch politischer Streitfall zwischen dem Einfluss verschiedener Weltmächte und Interessensgruppen - des Westens einerseits und Chinas andererseits. Es gibt Länder, die ökonomisch und politisch überhaupt nicht funktional für westliche Ordnungsansprüche sind. Und im letzten Fall soll es ja häufiger vorkommen, dass Kriege geführt werden gegen Regierungen und Staaten, die als antiwestlich gelten, weil sie sich den Ordnungsvorstellungen des Westens nicht unbedingt unterordnen.

An den EU-Außengrenzen sind bislang Tausende Menschen gestorben - wessen Schuld ist das?

Ich will gar nicht sagen, wer schuld ist, sondern wo die Ursache liegt. Die Ursache liegt in einer Weltordnung, die darauf ausgelegt ist, dass die erfolgreichen kapitalistischen Staaten Westeuropas und Nordamerikas den Nutzen aus der Welt ziehen und die Armutsergebnisse, die sie dabei überall produzieren, und das Elend, das dabei notwendig zustande kommt, bei sich nicht haben wollen. Das ist was anderes als die Schuldfrage, die so beliebt ist. Man sagt entweder, das sind kriminelle Schleuserbanden, es ist die schlimme EU-Politik, es sind die Flüchtlinge selber oder die korrupten Regierungen vor Ort. Die Schuldfrage behauptet nämlich immer, dass das Elend eigentlich nicht sein müsste, hätten alle alles richtig gemacht. Ich will das Gegenteil behaupten: Für diese Weltordnung sind die Flüchtlinge unvermeidlich.

Du wirfst Gruppen wie Pro Asyl, die vom „Scheitern der europäischen Flüchtlingspolitik“ sprechen, Naivität und eine „falsche Staatsgläubigkeit“ vor. Wieso?

„Gescheiterte Flüchtlingspolitik“ stellt die Sache auf den Kopf. Nicht die Flüchtlingspolitik, sondern das Leben der Menschen ist gescheitert - und zwar an dieser Flüchtlingspolitik. Wenn Pro Asyl oder andere flüchtlingsbewegte Gruppen der Bundesregierung unterlassene Hilfeleistung vorwerfen, dann nehmen sie die Bundesrepublik stets nur als Helfer wahr. Sie wollen sie nur als Helfer wahrnehmen, und zwar als schlechten, als unterlassenden Helfer. Dabei ist eigentlich das Gegenteil wahr. Deutschland ist zentral an der Verursachung der Fluchtgründe mit beteiligt. Darüber muss man reden, wenn einem wirklich etwas an der Abschaffung des Flüchtlingselends gelegen ist.

Und wo sollen solche Gruppen dann ansetzen?

Leider nirgendwo geringer als bei der Weltordnung, die diese Flüchtlinge produziert. Das ist schön und billig, sich vorzustellen, dass jeder einzelne nur anders denken müsste, dass jeder etwas anders tun müsste, und schon müsste das Ganze nicht sein. Das befriedigt vielleicht das Gefühl, zu den Wohlmeinenden zu gehören - an dem Verhältnis ändert sich leider nichts, so sehr ich mir das auch wünschen würde. Die Jahre, seitdem ich mich mit dem Thema beschäftige, bestätigen das leider allzu tödlich.

Die Revolution steht aber gerade nicht vor der Tür und es wird weiter gestorben. Siehst du gar keine realpolitischen Ansatzpunkte?

Nein, es wird tatsächlich einfach weiter gestorben.

Was kann man denn dann tun?

Man sollte als Erstes klarstellen, dass die EU kein schlechter Helfer ist, sondern der Verursacher. Dass man über die Ursachen Bescheid weiß und nicht aus opportunistischen Gründen über sie hinwegsieht, ist doch die Voraussetzung dafür, dass man was ändern kann. Das halte ich zumindest auch in meinem Alltag und meinem normalen Leben für selbstverständlich. Dass man sich erst einmal über die Ursachen Klarheit verschafft und dann ans Lösen geht. Wenn das in diesem Land schon nicht geht, weil man so ein enges, verliebtes Verhältnis zu seiner Regierung und zu seinem Staat hat, dann mag man das Problem auch nicht grundsätzlich lösen. Dann gefällt es einem offenbar besser, sich selbst als gute Seele zu inszenieren.

Ich bin nicht dagegen, zu helfen. Das soll jeder tun, so gut er kann. Boote chartern, Schlafsäcke verteilen, sein Geld abgeben. In dieser Hinsicht tun auch viele Leute viel. Nur scheinbar ändert das alles gar nichts an den Ursachen und an der Not. Darum muss man grundsätzlicher werden, wenn man sich nicht mit diesem zynischen Verhältnis abfinden will. Hilfe ist immer dann nötig, wenn Hilfsbedürftigkeit erst einmal in der Welt ist. Die deutschen Sozialverbände helfen seit über 150 Jahren - und das halte ich für ein trauriges Urteil. Wenn man sich nicht mehr mit den Ursachen der Notlagen in Deutschland oder der Welt befassen will, dann ist Hilfe gar kein erster Schritt zur Überwindung der Probleme, sondern nur die Betreuung des Leids.

Zurück zur EU. Zumindest Flüchtlinge auf hoher See zu retten, ist ja schon mit der europäischen Politik vereinbar...

Ja, das findet auch statt. Aber mir fällt als Erstes auf, dass die Verursacherländer der Fluchtgründe sich jetzt als Retter inszenieren. Und das ist eine Verkehrung der Tatsachen.

Der Ökonom Michael Clemens hat uns vor Kurzem erklärt, wie eine komplette Öffnung der europäischen Grenzen sogar zu einem Wirtschaftswachstum führen würde. Das scheint ja also schon mit dieser kapitalistischen Weltordnung vereinbar.

Darüber, wie naiv oder erfunden die Gesichtspunkte des Ökonomen sind, will ich nicht streiten. Offenbar halten es die wichtigen politischen und ökonomischen Kreise für unabänderlich, die europäische Grenzschutzpolitik fortzusetzen und sogar zu militarisieren.

Interessant finde ich aber das Argumentationsmuster. Wenn man sagt, mehr Flüchtlinge für Deutschland und offene Grenzen auch zur Dritten Welt wären ein wirtschaftlicher Zugewinn. Oder wenn man sagt, es wäre eine Win-Win-Situation, wenn junge afrikanische Männer auf den deutschen Arbeitsmarkt strömen, dann fällt eins auf: Die Leute, die das wohlmeinend im Interesse der Flüchtlinge sagen, haben durchaus gespürt, dass ein Menschenleben gar nicht das zentrale Argument ist, sondern der ökonomische und politische Gewinn für Deutschland. Genau der ist es aber, der erst einmal zu den Toten führt. Vielleicht sollte man doch mal diesen Zweck kritisieren, statt in einer utopisch konstruktiven Kritik immer zu erfinden, dass man eigentlich den ökonomischen Vorteil der Nation mit ihren Opfern versöhnen könnte. Das Gegenteil liegt doch gerade auf der Hand - beziehungsweise im Mittelmeer.

Wir veröffentlichen das Interview mit freundlicher Genehmigung der Redaktion von VICE und Prof. Dr. Arian Schiffer-Nasserie.

Auf der Lebenshaus-Website haben wir einen weiteren Artikel von Arian Schiffer-Nasserie veröffentlicht, in dem er seine Sichtweise noch ausführlicher als im vorstehenden Interview begründet. Der Artikel „Flüchtlingspolitik: Ein Jahr nach Lampedusa“ findet sich unter:

<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/009237.html>



Freihandel: Abkommen, die Afrika seiner Chancen berauben

Während in Europa lautstark Kritik am europäisch-amerikanischen Freihandelsabkommen TTIP geübt wird, werden afrikanische Länder von der EU zur Öffnung ihrer Märkte gedrängt. Die Folgen sind dramatisch.

Von Marc Engelhardt

Zwei Wochen vor seiner Ablösung am 1. November 2014 nahm der scheidende EU-Handelskommissar Karel de Gucht den Mund noch einmal richtig voll. „Die ostafrikanische Gemeinschaft zeichnet sich durch ihre Dynamik und ihre Ambition zur gemeinsamen Entwicklung aus“, so der belgische Liberale. „Die umfassenden Partnerschaftsabkommen, die wir jetzt beschlossen haben, sind der beste Weg, die ostafrikanische Gemeinschaft bei ihrem Streben zu unterstützen.“ Da hatte sich die EU gerade mit Kenia, Tansania, Uganda, Burundi und Ruanda auf ein Freihandelsabkommen geeinigt: die Economic Partnership Agreements, kurz EPA (vgl. „Verhandlungen seit 2004“ im Anschluss an diesen Text). Vor allem Kenia, die wirtschaftsstärkste der fünf Nationen, hatte bis zuletzt abgeblockt. Erst als die EU Kenia den bis dahin gewährten zollfreien Zugang für Blumen und Bohnen strich, knickte die Regierung ein: Zu groß war der Druck der mächtigen Exportbetriebe, zu groß waren die Steuerverluste. Von Erpressung war die Rede.

Verhandlungen seit 2004

Über die Economic Partnership Agreements (EPA) verhandeln die EU und 79 Länder Afrikas, der Karibik und des südlichen Pazifik seit 2004 in verschiedenen Regionalgruppen. Für Afrika gibt es bislang drei getrennte Abkommen für West-, Ost- und Südafrika. Jeder Staat muss dem ihn betreffenden Abkommen zustimmen. Ziel der Abkommen ist es, Marktzugänge, die bisher nur für den Import von Produkten aus den ärmsten Ländern reserviert waren, künftig für alle Länder in beide Richtungen festzuschreiben.

Das Europäische Parlament muss die EPA ratifizieren. Umstritten ist, ob auch in Europa die nationalen Parlamente zustimmen müssen, wie es GlobalisierungskritikerInnen fordern. Rechtskräftig werden die EPA erst, wenn sie von beiden Seiten ratifiziert sind. Die EU hat dafür bislang eine Frist bis Ende 2016 gesetzt.



Europäische Pouletteile

In Afrika profitieren vom Abschluss der EPA vor allem etablierte Exportbranchen wie die Blumenindustrie. Pünktlich zu Weihnachten wurden die europäischen Strafzölle aufgehoben; seitdem werden kenianische Blumen wieder steuerfrei nach Europa geflogen. „Ein Stoßseufzer der Erleichterung“, freute sich der Branchenverband Kenya Flower Council.

Einige Betriebe haben sich aber bis heute nicht erholt, während anderen Branchen das Leid noch bevorsteht. Denn die EPA sehen vor, dass Kenia künftig nur noch ein Fünftel seiner im- und exportierten Waren kontrollieren darf. Für die restlichen achtzig Prozent gilt Warenverkehrsfreiheit - in beide Richtungen. „Wenn sich die EU entscheidet, beson-

ders billige Produkte auf den kenianischen Markt zu werfen, hätte Kenia keine Möglichkeit mehr zu reagieren“, warnt Francisco Marí, Handelsexperte bei Brot für die Welt in Berlin.

Beispiele gibt es genug, etwa das der europäischen Pouletteile, das Marí schon vor Jahren untersucht hat. Während in Europa vorwiegend Geflügelbrust auf den Markt kommt, wird der Rest des Tieres zu Dumpingpreisen nach Westafrika exportiert. Weil die subventionierten EU-Poulets nicht einmal halb so teuer sind wie die lokalen, gingen etwa in Kamerun reihenweise KleinbäuerInnen pleite. Einige von ihnen hatten ihre Zuchten zuvor mit EU-Entwicklungshilfe aufgebaut. Kamerun wehrte sich mit Strafzöllen - eine Option, die ein Land unter den EPA nicht mehr hätte.

Beschnittene Entwicklungswerkzeuge

Wie bedeutend Zölle für die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas insgesamt sind, weiß der Ghanaer Sylvester Bagooro von der entwicklungspolitischen Organisation Third World Network. „Importzölle sind ein Mittel, mit dem die einheimische Industrie gefördert wird. Sie wird so konkurrenzfähig gegenüber billigeren Importprodukten, die durch die Zölle verteuert werden.“ Nur so könne sich überhaupt eine Industrie in Afrika entwickeln. Unter den EPA ist aber auch ein zweites Regulierungsinstrument verboten: die Ausfuhrsteuern. „Mit Exportsteuern macht eine Regierung lokale Rohstoffe der eigenen Industrie zugänglich“, so Bagooro. Ohne sie flössen Rohstoffe an besser zahlende Konzerne im Ausland. Wenn die einheimische Industrie erst einmal pleite

gegangen sei, könnten ausländische Konzerne ihre Monopolposition ausnutzen und die Preise drücken. In Afrika passiere das immer wieder.

„Ohne Industrialisierung kann Afrika wirtschaftlich nicht anhaltend wachsen“, sagt auch Richard Kozul-Wright, Direktor der Globalisierungsabteilung bei der UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung in Genf. „Unsere Sorge ist, dass die dafür nötigen Werkzeuge bei diesen neuen Handelsabkommen beschnitten werden.“ Und noch eine Sorge hat Kozul-Wright: „Ich fürchte, dass der politische Handlungsspielraum eingeschränkt wird.“ In regionalen Freihandelsabkommen wie den EPA oder der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) gehe es im Kern gar nicht mehr um den Handel mit Gütern. „Diese Abkommen werden genutzt, um Finanzdienstleistungen oder Rechte an geistigem Eigentum zu verhandeln.“ Ratifizieren die afrikanischen Staaten die EPA, müssen sie ein halbes Jahr später mit der EU über die Liberalisierung zahlreicher weiterer in den EPA nicht abgedeckter Sektoren verhandeln. Die Liberalisierung staatlicher Ausschreibungen beispielsweise dürfte viele afrikanische Unternehmen, die von Aufträgen der eigenen Regierung leben, empfindlich treffen. Denn gegen die europäische Konkurrenz sind sie meist chancenlos.

Auch kurzfristig werden die Auswirkungen der EPA zu spüren sein, vor allem durch verlorene Zolleinnahmen. Alleine in Ghana sind das nach Schätzungen des entwicklungspolitischen Thinktanks South Centre 275 Millionen Franken, in ganz Westafrika 1,65 Milliarden Franken pro Jahr. Als Ausgleich hat die EU Projektmittel in Höhe von mehr als 8 Milliarden Franken über fünf Jahre angekündigt. „Aber das ist kein frisches Geld, sondern ohnehin einge-



plantas Geld aus dem Europäischen Entwicklungsfonds“, weiß Francisco Marí. Bei solchen Aussichten wundert es nicht, dass viele afrikanische Parlamente zögern, die ausgehandelten EPA zu ratifizieren.

Alternative vom Kap bis Kairo

Dass sich die Afrikanische Union Anfang Juni auf die Bildung einer afrikanischen Freihandelszone geeinigt hat, die vom Kap bis Kairo reicht und in der 625 Millionen

Menschen leben, gibt den SkeptikerInnen Aufwind. „Das wäre eine echte Alternative“, glaubt auch Marí. „Zumal bei diesem Abkommen auch viele Nicht-EPA-Staaten dabei sind.“ Sambia etwa, Äthiopien, Kongo-Kinshasa, der Tschad oder Sudan haben bislang Verhandlungen über die EPA verweigert - ohne Nachteile. Denn 43 der 53 afrikanischen Staaten gehören ohnehin zu den unterentwickeltesten und genießen deshalb in Europa bereits die gleichen Zollprivilegien wie später die EPA-Staaten - ohne selber die Grenzen öffnen zu müssen. Angebliche Drohungen der EU, bei der Verweigerung der Ratifikation erneut Strafzölle zu erheben, würden vor allem die Wirtschaftslokomotiven Afrikas treffen - unter ihnen Staaten wie Ghana oder Kenia. Das von der Gucht beschworene „Streben“ Afrikas würde auf diese Weise nicht unterstützt, sondern im Keim erstickt.

Marc Engelhardt lebte lange in Nairobi und berichtet seit 2010 aus Genf über die UNO und andere internationale Organisationen.

Quelle: WOZ Die Wochenzeitung - 25.06.2015. Die Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Genehmigung von Autor und Verlag. ☺

Neue Flüchtlingsströme: Folge falscher Entwicklungspolitik

Die aktuelle Entwicklungspolitik der Bundesregierung im Rahmen der „New Alliance for Food Security and Nutrition“⁽¹⁾ droht die Flüchtlingsströme aus Afrika massiv zu verstärken. Hierauf macht das Institut für Welternährung - World Food Institute e. V. (IWE) in einem Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Ressortminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gerd Müller, sowie für Ernährung und Landwirtschaft, Christian Schmidt, aufmerksam.

Eine aktuelle Analyse des Instituts kommt zu dem Schluss, dass diese Politik auf einen massiven Strukturwandel der Landwirtschaft nach europäisch-amerikanischem Vorbild hinausläuft und damit den größten Teil der Kleinbauern Afrikas seiner landwirtschaftlichen Existenzen berauben könnte.

Dies, so folgert die Studie, die unter dem Titel „Unter falscher Flagge?“ veröffentlicht wurde, wiege doppelt schwer vor dem

Hintergrund des unzureichenden Arbeitsangebots außerhalb der afrikanischen Landwirtschaft. „Den aus der Landwirtschaft Verdrängten werden anders als beim Agrarstrukturwandel in Deutschland, kaum außerlandwirtschaftliche Alternativen zur Verfügung stehen.“ Nach Schätzungen des Instituts läuft die von der Bundesregierung unterstützte Politik darauf hinaus, dass in den kommenden Jahren mehr als 100 Millionen Kleinbauern in Afrika entwurzelt und in die Slums der großen Städte abgedrängt werden. Diese Art von Entwicklungspolitik könne sich auf mittlere Sicht als Brandbeschleuniger für die Flüchtlingsströme nach Europa erweisen und nicht als Hilfe gegen Hunger und Armut in Afrika, warnt das IWE.

In seinem Brief an die Bundesregierung betont das Institut für Welternährung, eine solche Entwicklung widerspreche sowohl den deutschen Eigeninteressen als auch der jüngsten Enzyklika des Papstes „Laudato Si - Über die Sorge für das

gemeinsame Haus“, in der er an die Pflicht der VerantwortungsträgerInnen appelliert, „die Kleinproduzenten und die Produktionsvielfalt klar und nachdrücklich zu unterstützen“.

„Ich möchte Sie daher bitten“, so der Sprecher des Instituts für Welternährung, Wilfried Bommert, in seinem Schreiben an die Bundesregierung, „das Mitwirken der Bundesregierung an der New Alliance for Food Security and Nutrition kritisch zu überdenken.“

Zur Studie: Unter falscher Flagge? <http://tinyurl.com/o7tg5ez> (institut-fuer-welternahrung.org)

⁽¹⁾ Die New Alliance for Food Security and Nutrition wurde 2012 in Washington auf der Tagung der G8-Staaten gegründet

als Bündnis der führenden Industriestaaten mit den multinationalen Konzernen der Agrar-, Chemie- und Lebensmittelindustrie, u.a. Cargill, Dupont, Danone, Monsanto, Nestle, Swiss Re, Syngenta, Unilever, Yara. Ziel sollte die Entwicklung der afrikanischen Landwirtschaft nach dem Muster der Industrieländer sein. Bisher haben sich 10 Länder Afrikas (Benin, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Äthiopien, Ghana, Malawi, Mosambik, Nigeria, Senegal und Tansania) dem Programm angeschlossen.

Quelle: *Institut für Welternährung - World Food Institute e. V. (IWE) - Pressemitteilung vom 18.08.2015.* ☞

Kapitalismus ist „subtile Diktatur“: Papst Franziskus für das Buen Vivir

Von *Gerhard Dilger*

Am 12. Juli 2015 ist die sechstägige Reise von Papst Franziskus durch Ecuador, Bolivien und Paraguay zu Ende gegangen. Höhepunkt war die bisher politischste Rede seiner Amtszeit, die er am 9. Juli vor 2.000 Mitgliedern sozialer Bewegungen im bolivianischen Santa Cruz hielt.



Papst Franziskus bei seiner Ansprache in Santa Cruz.

Auszüge:

Dem Ökosystem werden Schäden zugefügt, die vielleicht irreversibel sind. Die Erde, die Völker und die einzelnen Menschen werden auf fast barbarische Weise gezüchtigt. Und hinter so viel Schmerz, so viel Tod und Zerstörung riecht man den Gestank dessen, was Basilius von Caesarea den „Mist des Teufels“ nannte. Das hemmungslose Streben nach Geld, das regiert. Der Dienst am Gemeinwohl wird außer Acht gelassen. Wenn das Kapital sich in einen Götzen verwandelt und die Optionen der Menschen bestimmt, wenn die Geldgier das ganze sozioökonomische System bevormundet, zerrüttet es die Gesellschaft, verwirft es den Menschen, macht ihn zum Sklaven, zerstört die Brüderlichkeit unter den Menschen, bringt Völker gegeneinander auf und gefährdet - wie wir sehen - dieses unser gemeinsames Haus. Ich möchte mich nicht damit

aufhalten, die üblen Auswirkungen dieser subtilen Diktatur zu beschreiben - ihr kennt sie.

(...)

Die erste Aufgabe ist, die Wirtschaft in den Dienst der Völker zu stellen: Die Menschen und die Natur dürfen nicht im Dienst des Geldes stehen. Wir sagen Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung und der sozialen Ungerechtigkeit, wo das Geld regiert, anstatt zu dienen. Diese Wirtschaft tötet. Diese Wirtschaft schließt aus. Diese Wirtschaft zerstört die Mutter Erde.

Den Gegenentwurf, für den sich die sozialen Bewegungen weiterhin einsetzen sollten, fasste er unter den Begriff des Buen Vivir (in Bolivien: Vivir Bien, auf deutsch etwa: „Gutes, erfülltes Leben“).

Diese Wirtschaft ist nicht nur wünschenswert und notwendig, sondern auch möglich. Sie ist weder Utopie, noch Fantasie. Sie ist eine äußerst realistische Perspektive. Wir können sie erreichen. Die in der Welt verfügbaren Ressourcen - eine Frucht der generationsübergreifenden Arbeit der Völker und der Gaben der Schöpfung - sind mehr als ausreichend für die ganzheitliche Entwicklung eines jeden Menschen und des ganzen Menschen.

Das Problem ist hingegen ein anderes. Es existiert ein System mit anderen Zielen. Ein System, das trotz der unverantwortlichen Beschleunigung der Produktionsrhythmen, trotz der Einführung von Methoden in Industrie und Landwirtschaft, welche um der „Produktivität“ willen die Mutter Erde schädigen, weiterhin Milliarden unserer Brüder und Schwestern die elementarsten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte verweigert. Dieses System verstößt gegen den Plan Jesu.

(...)

Es gibt immer noch Faktoren, die diese gerechte menschliche Entwicklung untergraben und die Souveränität der

Länder der „Großen Heimat“ (=Lateinamerika, GD) und anderer Regionen einschränken. Der neue Kolonialismus nimmt verschiedene Gestalten an. Manchmal ist es die anonyme Macht des Götzen Geld: Körperschaften, Kreditvermittler, einige so genannte „Freihandelsabkommen“ und die Auferlegung von „Sparmaßnahmen“, die immer den Gürtel der Arbeiter und der Armen enger schnallen.

(...)

In gleicher Weise ist die monopolistische Konzentration der sozialen Kommunikationsmittel, die entfremdende Konsummodelle und eine gewisse kulturelle Uniformität

durchzusetzen versucht, eine weitere Gestalt, die der neue Kolonialismus annimmt. Es ist der ideologische Kolonialismus.

Kein Wunder, dass solche Ausführungen des Öko-Papstes von vielen dieser Medien weitgehend ignoriert werden (eine rühmliche Ausnahme bildet die New York Times). Und dass der brasilianische Intellektuelle Emir Sader nur noch zwei linke Regierungschefs in Europa sieht: Alexis Tsipras aus Griechenland - und eben Franziskus.

Quelle: taz.blogs vom 12.07.2015. Wir veröffentlichen diesen Text mit freundlicher Genehmigung der Redaktion. ♪

Warnung vor einem Atomkrieg ist mehr als aktuell

60 Jahre nach dem Russell-Einstein-Manifest

Die ärztliche Friedensorganisation IPPNW erinnert anlässlich der Veröffentlichung des „Russell-Einstein-Manifests“ vor 60 Jahren, am 9. Juli 1955, an die wieder wachsende Gefahr, die von den Atomwaffen für die Menschheit ausgeht. Der Philosoph Bertrand Russell und der Physiker Albert Einstein warnten damals gemeinsam mit neun weiteren namhaften Wissenschaftlern vor den Gefahren eines Krieges mit Nuklearwaffen. Sie forderten die Regierungen der Welt auf, im Zeitalter der Atomwaffen gemeinsame Wege für eine friedliche Lösung all ihrer Kontroversen zu finden.

60 Jahre nach seiner Veröffentlichung hat der Aufruf nichts von seiner Aktualität und die Atomwaffen nichts von ihrer Bedrohlichkeit eingebüßt. Zwar ist die Zahl der Atomwaffen auf 16.000 gesunken, aber das ist immer noch mehr als genug, um die Erde zigfach zu zerstören. Auf deutschem Boden befinden sich nach wie vor US-amerikanische Atomwaffen - auch das seit 60 Jahren. Angesichts der Spannungen im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg werden den Atomwaffen von beiden Seiten eine stärkere Rolle zugeteilt. US-Experten haben aktuell davor gewarnt, dass die US-Präventivstrategie zu einem Weltkrieg führen könnte. Russland hat seine Militärdoktrin neu aufgesetzt und den Konflikt in der Ukraine und die NATO-Osterweiterung als Gefahr für die eigene Sicherheit eingestuft. Und die NATO plant offenbar, den Atomwaffen in ihrer Doktrin wieder eine größere Bedeutung zu geben. Noch in diesem Jahr ist ein vorgezogenes Treffen ihrer Nuklearen Planungsgruppe vorgesehen.

Das Friedensforschungsinstitut SIPRI konstatiert in seinem letzten Bericht, dass die von nuklearen Sprengköpfen ausgehende Gefahr trotz ihrer abnehmenden Gesamtzahl wächst. Denn die in Einsatzbereitschaft vorgehaltenen

Waffensysteme sind auf 4.300 angestiegen. Ca. 1.800 Atomwaffen sind sogar in höchster Alarmbereitschaft. Sie können binnen weniger Minuten zum Einsatz kommen. Der SIPRI-Bericht erläutert, dass alle atomwaffenbesitzenden Staaten die Lebensdauer und militärische Nutzbarkeit ihrer Atomwaffenbestände und der dazugehörigen Trägersysteme weiter entwickeln.

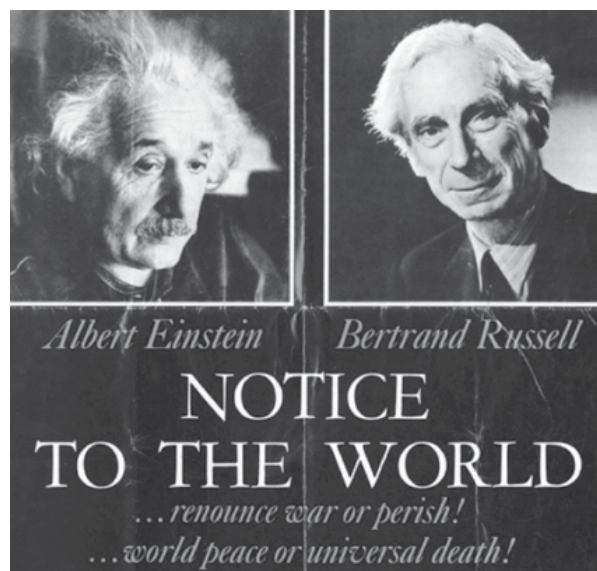
Sich für die Sicherheit und das Überleben der „Spezies Mensch“ einzusetzen, dieser humanitäre Imperativ treibt friedensbewegte Menschen noch immer an. So haben 159 Staaten dieses Jahr, dem 70. Jahr nach den Abwürfen der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki, gemeinsam erklärt: „Es ist im Interesse des Überlebens der Menschheit, dass Atomwaffen unter keinen Umständen wieder eingesetzt werden.“

In dieser „Humanitären Selbstverpflichtung“ (Humanitarian Pledge) heißt es auch: „Wir verpflichten uns, mit allen relevanten Akteuren, Staaten, internationalen Organisationen, der internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung, Abgeordneten und Zivilgesellschaft, zusammen zu arbeiten, um die Stigmatisierung, das Verbot und die Eliminierung von Atomwaffen angesichts ihrer inakzeptablen humanitären Folgen und einhergehenden Risiken voran zu bringen.“

Die IPPNW engagiert sich seit ihrer Gründung national und international für das Ziel der endgültigen Abschaffung der Atomwaffen.

Das Manifest ist in deutscher Sprache zu finden unter: www.pugwash.de/rem.pdf

Quelle: IPPNW - Pressemitteilung vom 08.07.2015 ♪



Impressum

Rundbrief des Lebenshaus
Schwäbische Alb e.V.

Der Rundbrief erscheint
vierteljährlich. Nament-
lich gekennzeichnete
Beiträge entsprechen nicht
unbedingt der Meinung der
Redaktion.

Herausgeber

Lebenshaus Schwäbische
Alb e.V.
Bubenhofenstr. 3
72501 Gammertingen
Tel.: 07574 / 2862
Fax: 07574 / 91110
(nach tel. Vereinbarung)
www.lebenshaus-alb.de
info@lebenshaus-alb.de

Redaktion

V.i.S.d.P.:
Michael Schmid (ms),
Bubenhofenstr. 3,
72501 Gammertingen
Druck & Versand:
Knotenpunkt GmbH
Auflage: 700 Exemplare

Spendenkonto

GLS Bank eG
BLZ 430 609 67
Konto 802 333 4800
IBAN: DE36430609678023334800
BIC: GENODEM1GLS

Laut Bescheid des
Finanzamtes Sigmaringen
ist der Verein Lebenshaus
Schwäbische Alb als
gemeinnützig anerkannt.
Für Mitgliedsbeiträge und
Spenden ab 25 € werden
steuerlich wirksame
Bescheinigungen zu Beginn
des folgenden Jahres
automatisch zugestellt, für
niedrigere Beiträge auf
Anforderung.

LAYOUT & GESTALTUNG

 **ffuenf**
büro für online-kommunikation

Lebenshaus Schwäbische Alb - Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden & Ökologie e.V.
Bubenhofenstr. 3 | 72501 Gammertingen
PVSt E 60681 - DPAG - Gebühr bezahlt

Leben heißt Hoffen.
Jeder Atemzug ist ein Hoffungsakt.
Denn in jedem Augenblick
geht es um den nächsten Augenblick,
um die nächste Zukunft.
Wenn die Resignation das Hoffen
sofort als Illusion denunziert,
wenn das Hoffen matt wird
unter der Last der Resignation,
dann wird auch das Leben matt,
entschlusslos,
ohne Zukunftsperspektive,
eingeeengt nur auf die nächsten Notwendigkeiten
und aufs kleine private Wohl
für die paar Lebensjahre.
Mehr zu hoffen ist uns nicht erlaubt.
Die starken Argumente der Resignation
verbieten jedes Mehr.

Helmut Gollwitzer